

Von: Zeraphine Gau | AStA-Referent*in für Anti-Ableismus antiableismus@astaup.de
Betreff: [Studis] Update zum Senatsbeschluss - Ausweitung der Anwesenheitspflicht | Update on the Senate decision – Expansion of mandatory attendance
Datum: 8. Dezember 2025 um 23:11
An: studis@studi.astaup.de



+++ English version below +++

Update zum Senatsbeschluss - Ausweitung der Anwesenheitspflicht

Bevor wir auf den Senatsbeschluss eingehen, möchten wir uns ausdrücklich bei allen bedanken, die unsere Demonstration unterstützt und ihre Stimme gegen mehr Barrieren im Studium erhoben haben!

Dank eurer Unterstützung konnten wir im Senat unmissverständlich klar machen, dass die Studierendenschaft nicht hinter dieser Entscheidung steht. Dass der Beschluss dennoch gefasst wurde, zeigt auf, dass studentische Stimmen und Inklusionsbedenken in diesem Prozess keine Beachtung gefunden haben.

Und genau deshalb ist es umso wichtiger, dass wir weiterhin gemeinsam Druck aufbauen.

Was im Senat passiert ist

Am 19.11.2025 wurde die Neufassung von § 5a der BAMA(LA)-O beschlossen. Das Ergebnis fiel äußerst knapp aus: 17 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen. Die Gruppe der Hochschullehrenden stimmte dabei einstimmig dafür, die Studierenden einstimmig dagegen.

Die Sitzung hat eines erneut deutlich gemacht: Studentische Perspektiven spielten in diesem Entscheidungsprozess keine Rolle.

Alle Studierendenvertretungen lehnten die Änderung entschieden ab. Mehrfach wurde eine Vertagung gefordert. Die Demonstration fand den Weg sogar in den Sitzungssaal und machte die Kritik damit unübersehbar. Trotz alledem wurde die Abstimmung forciert.

Als dieses Vorgehen von studentischer Seite aus kritisch hinterfragt wurde, ertönte seitens der Hochschullehrenden der Zwischenruf „Das ist Demokratie!“ – ein Moment, der nicht nur das Machtgefälle zwischen Lehrenden und Studierenden spürbar machte, sondern auch jenes zwischen denjenigen, die von Anwesenheitspflichten kaum betroffen sind und denen, für die sie reale Barrieren darstellen.

Die offizielle Begründung für die Änderung lautete, dass diese lediglich eine sprachliche Präzisierung darstelle - keine Ausweitung. Gleichzeitig wurden Argumente angebracht, die klar das Gegenteil nahelegen:

- Klagen über leere Seminarräume
- Der Vorwurf, die aktuelle Situation schade „denen, die wirklich studieren wollen“
- Die Unterstützung eines „inklusive Campus“ - aber nur vor Ort
- Warnungen vor Einsamkeit durch digitale Lehre

Auf unsere Nachfrage, warum die Änderung mit einer solchen Dringlichkeit beschlossen werden müsse, wenn doch keine inhaltliche Veränderung beabsichtigt sei, erhielten wir keine Antwort. Diese widersprüchliche Kommunikation legt nahe, dass sehr wohl eine Ausweitung von Anwesenheitspflichten angestrebt wird. Die Behauptung, es gehe nur um mehr Transparenz, erscheint dadurch unglaubwürdig.

Rolle der Gleichstellungsbeauftragten

Rolle der Gleichstellungsbeauftragten

Besonders irritierend war die Zustimmung der Gleichstellungsbeauftragten, die trotz zahlreicher Hinweise von Studierenden auf potenziell verstärkte Ungleichheiten erfolgte und trotz vorheriger schriftlicher Signale, dass sie eine Vertagung unterstützten.

Im Senat argumentierten sie, dass sie keine Stellvertreterdebatte darüber führen wollten, was eine gerechte Universität sei und die Entscheidung mittragen würden, wenn Transparenz und studentische Beteiligung gewährleistet wären.

Dabei waren genau diese Bedingungen zu dem Zeitpunkt offensichtlich nicht erfüllt: Die Änderung wurde unter hohem Zeitdruck, ohne ausreichende Beteiligung der Studierenden und trotz massiver Kritik beschlossen.

Was die Änderung bedeutet

Auch wenn durch den Beschluss nicht automatisch überall Anwesenheitspflichten eingeführt werden, gilt: Durch die neue Formulierung kann künftig praktisch jedes Seminar eine Anwesenheitspflicht begründen.

Die zugrunde gelegten Kompetenzkategorien (fachlich, sozial, personal, methodisch) sind so weit gefasst, dass sie nahezu überall herangezogen werden können.

Damit wurde faktisch die Möglichkeit geschaffen, Anwesenheitspflichten auszuweiten. Die daraus entstehende Unsicherheit trifft insbesondere Studierende, die bereits jetzt mit Barrieren im Studium konfrontiert sind.

Was ihr jetzt tun könnt

Unklar ist derzeit noch, ab wann die Änderung offiziell in Kraft tritt. Wir möchten euch aber bereits jetzt dazu aufrufen, eure Erfahrungen rund um Anwesenheitspflichten – sowohl offizielle als auch inoffizielle – mit uns zu teilen.

Meldet euch unter info@astaup.de, wenn:

- in eurem Studiengang neue Anwesenheitspflichten eingeführt werden,
- Anwesenheitspflichten ohne Begründung oder Erlaubnis durchgesetzt werden/wurden,
- ihr Nachteile durch formelle oder informelle Anwesenheitspflichten erlebt (habt).

Wir dokumentieren diese Fälle, um:

- auf die tatsächlichen Auswirkungen aufmerksam zu machen,
- gegen unrechtmäßige Durchsetzung vorzugehen,
- sicherzustellen, dass die neue Regelung nicht zulasten der Studierenden genutzt wird.

Eure Berichte zeigen: Die Probleme, über die wir sprechen, sind real – und kein Einzelfall.

Warum wir diesen Beschluss als Auftakt eines größeren Kampfes sehen

Die Änderung von § 5a ist nicht nur ein Beschluss – sie ist ein politisches Signal. Ein Signal dafür, dass die Universität Potsdam bereit ist, Regelungen zu verabschieden, die Teilhabe erschweren, neue Barrieren schaffen und Studierende mit Care-Verpflichtungen, Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder der Notwendigkeit von Nebenjobs strukturell benachteiligen.

Wenn eine Universität trotz eigenem Inklusionskonzept und Beauftragten für Gleichstellung und

Antidiskriminierung Entscheidungen trifft, die die Teilhabe vieler Studierender real gefährden, stellt sich die Frage, wie ernst diese Inklusionsbemühungen tatsächlich gemeint sind.

Es reicht nicht, Diversity-Leitbilder zu veröffentlichen und sich als "Uni für alle" zu präsentieren, während gleichzeitig Beschlüsse gefasst werden, die marginalisierte Gruppen noch weiter aus dem Studium drängen.

Für uns ist deshalb klar:

Dieser Beschluss ist nicht das Ende einer Debatte - sondern der Anfang einer längst überfälligen öffentlichen Auseinandersetzung darüber, wie inklusive Hochschullehre wirklich aussehen muss.

Solidarische Grüße

Euer AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss

+++ English version +++

Update on the Senate decision – Expansion of mandatory attendance

Before addressing the Senate decision itself, we would like to express our sincere gratitude to everyone who supported our protest and raised their voices against increased barriers at our university.

Thanks to your support, we were able to make it unmistakably clear in the Senate that the student body does not stand behind this decision. The fact that the decision was passed nonetheless, shows that student voices and inclusion-related concerns were not given any consideration in this process.

And that is precisely why it is all the more important that we continue to build up pressure together.

What happened in the Senate

On 19th November 2025, the revised version of § 5a of the BAMA(LA)-O was adopted. The vote was extremely close: 17 votes in favor, 15 against. The group of university lecturers voted unanimously in favor, while the students unanimously opposed the amendment.

The meeting made one thing clear once again: student perspectives played no role in this decision-making process.

All student representatives firmly rejected the amendment. Several requests were made to postpone the vote. The protest even made its way into the meeting room, making the criticism impossible to ignore. Despite all this, the vote was forced through.

When this approach was critically questioned by the students, a member of the university lecturers interjected with the words 'This is democracy!' – a moment that not only highlighted the power imbalance between lecturers and students, but also that between those who are barely affected by attendance requirements and those for whom they represent real barriers.

The official justification for the amendment was that it was merely a linguistic clarification – not an expansion. At the same time, arguments were put forward that clearly suggested the opposite:

- Complaints about empty seminar rooms
- The claim that the current situation harms “those who really want to study”
- Support for an “inclusive campus”—but only on-site
- Warnings about loneliness caused by digital learning

When we asked why the amendment needed to be passed with such urgency if it truly introduced no substantive changes, we received no answer. This contradictory communication suggests that an expansion of mandatory attendance is indeed intended. The claim that the change is solely about increasing transparency therefore appears implausible.

Role of the Equal Opportunities Officers

Particularly concerning was the approval by the Equal Opportunities Officers, given that students had repeatedly highlighted the risk of increased inequalities – and despite earlier written indications that they supported postponing the vote.

During the meeting, they argued that they did not want to engage in a proxy debate about what constitutes a fair university and would support the decision as long as transparency and student participation were ensured.

However, at that moment, it was evident that these conditions were not met: the amendment was decided upon under significant time pressure, without sufficient student participation and despite massive criticism.

What the amendment means

Even though the decision does not automatically introduce mandatory attendance everywhere, the new wording means that practically any seminar can justify mandatory attendance in future.

The underlying categories of competence (subject-specific, social, personal, methodological) are so broadly defined that they can be applied to almost any course

This has effectively created the possibility of extending mandatory attendance. The resulting uncertainty particularly affects students who already face barriers in their studies.

What you can do now

It is currently unclear when the amendment will officially come into effect. However, we would like to encourage you to share your experiences with attendance requirements – both official and unofficial ones – with us.

Please contact us at info@astaup.de if:

- new attendance requirements are being introduced in your degree programme
- attendance requirements are being/have been enforced without justification or permission
- you are experiencing/have experienced disadvantages due to formal or informal attendance requirements

We document these cases in order to:

- draw attention to the actual effects
- take action against unlawful enforcement

- ensure that the new regulation is not used at the expense of students

Your reports show that the problems we are talking about are real – and not an exception.

Why we see this decision as the start of a bigger fight

The amendment of § 5a is not just a decision – it is a political signal. A signal that the University of Potsdam is willing to adopt regulations that hinder participation, create new barriers and structurally disadvantage students with care responsibilities, disabilities, chronic illnesses or the need to work alongside their studies.

When a university, despite its own inclusion concept and officers for equality and anti-discrimination, makes decisions that endanger the participation of many students, it raises the question of how serious these inclusion efforts really are.

It is not enough to publish diversity mission statements and present oneself as a “university for all” while simultaneously passing decisions that push marginalized groups further out of higher education.

Therefore, for us, one thing is clear:

This decision is not the end of a debate - but the beginning of a long-overdue public discussion about what inclusive higher education really needs to look like.

With solidarity,

Your AStA

General Students Committee

(Allgemeiner Studierendenausschuss)

Studis mailing list -- studis@studi.astaup.de

To unsubscribe send an email to studis-leave@studi.astaup.de

